

BVV-Diskussion um Klimaneutralität. Der Klimaschutz ist ein Hauptanliegen der Grünen, die in Charlottenburg-Wilmersdorf zur stärksten politischen Kraft geworden sind. Passenderweise lautet ihre Frage beim „Thema des Monats“ der Bezirksverordnetenversammlung (BVV): „Wie erreichen wir Klimaneutralität?“ Die Fraktionen nehmen dazu Stellung [auf der Webseite des Bezirks](#). Wir fassen die Beiträge hier zusammen.

Sibylle Centgraf (Grüne) hält es für die Aufgabe der Politik, die „richtigen Rahmenbedingungen zu setzen“. Diesen Prozess habe der Bezirk im Jahr 2019 mit der Ausrufung des Klimanotstands begonnen. Das „Kernelement unseres Anfang 2021 beschlossenen Klimafahrplans“ bilde ein „optionaler Vorbehalt bei Bezirksamtsvorlagen und Beschlüssen“. Bezirkliche Beauftragte für Klimaschutz würden künftig prüfen, ob anstehende Entscheidungen den Nachhaltigkeitszielen entsprechen. Sollte dies nicht der Fall sein, könnten sie in bis zu fünf Prozent der Fälle „Alternativen vorschlagen“. (Anmerkung der Redaktion: Noch hat Charlottenburg-Wilmersdorf keinen Klimaschutzbeauftragten, wie die neue Bürgermeisterin **Kirstin Bauch** [im Tagesspiegel-Interview sagte](#)).

Das Konzept seiner Partei in Berlin heiße „Social Green Deal“, schreibt der SPD-Bezirksverordnete **Jürgen Murach**. Alle Maßnahmen müssten sozial verträglich sein. Die Aufgabe der Stadtwerke bestehe darin, Ökostrom zu „fairen Preisen“ anzubieten und den sogenannten Mieterstrom als „lokalen Sonnenstrom in unmittelbarer Nachbarschaft“ zu gewährleisten. Für öffentliche Gebäude schreibe das Berliner Energiewendegesetz bestimmte Standards und eine „Solarpflicht“ vor. Bei eigenen Neubauten setze das Land Berlin vermehrt auf klimafreundliche Baustoffe wie Holz. Ebenso wichtig sei ein „gut ausgebautes Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln“. Das gelte auch für den Fernverkehr. Die SPD strebe an, die Bahn durch den „Aufbau eines Nachtzugnetzes“ und den Halt weiterer Fernzüge in den Bahnhöfen Zoo und Charlottenburg attraktiver zu machen. Unter anderem seien „mehr umsteigefreie Verbindungen in Urlaubsgebiete“ nötig, findet Murach. Für Dienstreisen sowie Schüler- und Jugendfahrten, die im Bezirk starten, müsse „die Nutzung der Bahn die Regel werden“.

Eine neue Bilanz der Treibhausgasemissionen im Bezirk verlangt **Susanne Zels** (CDU). Die letzten vorliegenden Daten der Verwaltung stammten aus dem Jahr 2016. „Eine aktuelle Bilanz ist jedoch entscheidend, um die richtigen Stellschrauben und den Handlungsspielraum für die Reduktion der Emissionen zu erkennen.“ Das Bezirksamt könne den Energieverbrauch senken, indem es beispielsweise bei Heizungen „die Transformation hin zu klimaneutralen Energieträgern weiter vorantreibt“. Damit private Haushalte weniger Ölheizungen nutzen, solle auf Fördermöglichkeiten des Bundes hingewiesen werden. „Elementar für die Klimabilanz“ nennt Zels auch Grünflächen mit Bäumen. Die CDU-Fraktion setze sich für eine „spürbare Aufstockung der Finanzmittel“ bei der Grünpflege und der „Anpflanzung klimabestndigerer Baumarten“ ein.

Auch die FDP-Fraktion wolle den Klimaschutz „bis hin zur Klimaneutralität“ voranbringen, betont die Bezirksverordnete **Stefanie Beckers**. Dies müsse aber „effektiv und zielgerichtet“ durch „Technologieoffenheit, Innovation und smarte Lösungen“ geschehen. „Unnütze Vorgaben und Vorschriften“ und die „rein symbolische“ Ausrufung des Klimanotstands seien wenig hilfreich. Zur besseren Luftreinigung fordere die FDP die „kontinuierliche Nachpflanzung gefälltter Bäume“, die Begrünung von Hauswänden und -dächern sowie bepflanzte Wände an öffentlichen Plätzen. Bezirkseigene Gebäude müssten zügig mit „modernster Energie- und Solartechnik“ nachgerüstet werden. Im Verkehrsbereich brauche man eine bessere Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger, aber auch mehr Ladesäulen für Elektrofahrzeuge auf öffentlichen Parkplätzen.

Für eine „radikale Umverteilung des öffentlichen Raums“ setzt sich **Frederike-Sophie Gronde-Brunner** (Linke) ein. Man müsse „weg von der autogerechten Stadt“. Stattdessen werde mehr Platz für den Fuß- und Radverkehr, den öffentlichen Nahverkehr und die Stadtnatur gebraucht. „Das erreichen wir unter anderem durch Kiezblocks.“ Noch aber habe das Bezirksamt trotz „Forderungen der Menschen vor Ort“ keinen eingerichtet. Durchfahrtsstraßen in Wohngebieten müssten gesperrt und Parkplätze zu „nachbarschaftlichen Begegnungszonen“ werden. Es könne mehr temporäre Spielstraßen geben. Darüber hinaus sollten „sich aufheizende Betonwüsten“ in grüne Parks umgewandelt werden. Gronde-Brunner hält es auch für wichtig, die Anwohnerinnen und Anwohner sowie Initiativen und Verbände zu beteiligen. Dafür sei unter anderem ein „Bürger:innenrat“ einzuberufen.